

 Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 Bundeskanzleramt

 Bundesministerium
Finanzen

Bei Richard David Precht geht es um menschliches Wissen, Bewusstsein und Verhalten. Das passt zu den österreichischen Bundesministerien. Manchmal wissen wir nicht einmal, wer warum wofür zuständig ist.

Wer sind wir – und wenn ja, wie viele?

Die Überschrift dieses Textes ist eine Anspielung auf ein

philosophisches Buch von Richard David Precht. Sie passt zu den

Bundesministerien. Wir kennen auswendig oft nicht einmal die Zahl.



PROF. PETER FILZMAIER

**Filzmaier
analysiert**

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

1 Ein Ministerium ist die oberste Behörde eines Staates. Es soll die politischen Aufgaben des Ministers unterstützen und Verwaltungsangelegenheiten regeln. Von der Organisation der Schulen über das Pandemiemanagement bis hin zum Staatsbudget im Bildungs-, Gesundheits- und Finanzministerium. Und so weiter. Das Bundesministeriengesetz legt fest, wie viele Ministerien es gibt – derzeit 14 –, und was sie machen.

2 Jede Koalitionsregierung entscheidet mit ihrer Mehrheit im Parlament neu über Zahl und Zuständigkeit der Ministerien. Dabei geht es um Macht – die hat vor allem der Finanzminister infolge seiner Budgetkompetenz – und Parteipräferenzen. So wollte die ÖVP das Wirtschaftsministerium für sich, die GRÜNEN das Umweltministerium.

3 Weniger Ministerien als Erfolg zu verkaufen, hat mit der Qualität einer Regie-

rung nichts zu tun. Macht es inhaltlich Sinn, dass Staatsoper, Tischtennis und Beamtengehälter zusammengehören? Vizekanzler Werner Kogler ist als Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport dafür verantwortlich.

4 Zu seiner Entlastung hat Kogler gleich dem Bundeskanzler sowie Finanz- und Wirtschaftsminister Hilfskräfte an der Seite, Staatssekretäre genannt. Diese verdienen monatlich 16.300 Euro, ein Ministergehalt beträgt 18.100 Euro. Weniger Minister bringen also keine großen Einsparungen. Zudem haben Staatssekretäre eine Zwitterfunktion: Sie sind für ein Aufgabengebiet verantwortlich und nehmen an Regierungssitzungen teil, ohne dort ein Stimmrecht zu haben.

5 Manche Konstellationen im Geflecht der Ministerien lassen sich historisch erklären. Zum Beispiel wollte die SPÖ Verteidi-

gungs- und Innenministerium nicht in den Händen derselben Partei wissen, um keine Konzentration der bewaffneten Staatsgewalt zu ermöglichen. Diese war ja im Februar 1934 gegen die Sozialdemokratie eingesetzt worden. Trotzdem wurden Bundesheer und Polizei während den Alleinregierungen der SPÖ jeweils von roten Ministern, zur Zeit der Koalition von SPÖ und ÖVP 2003 bis 2007 von Schwarzen, nach 2017 von Blauen und seit 2020 von Türkisen geleitet.

6 Genauso waren in der rot-schwarzen Logik Wirtschafts- und Arbeitsministerium meistens getrennt, doch nicht immer. Nach dem Jahr 2000 war bereits Martin Bartenstein für beides zuständig, heute sind die Bereiche trotz des Gegensatzes von Firmen- und Angestellteninteressen unter Martin Kocher vereint. Letztlich bestimmt eben die Verhandlungslogik der Parteien.

7 Für die ÖVP ist das Landwirtschaftsministerium – nun mit Norbert Totschnig besetzt – ein Fixstarter. Niemand traut sich, das dem Bauernbund als Teil der Volkspartei auszureden. Obwohl weniger als vier Prozent der arbeitenden Menschen in Österreich in der Landwirtschaft berufstätig sind. Auf die Zahl der Wahlberechtigten bezogen machen die Bauern noch weniger Prozent aus. Viel größere Wirtschaftssektoren hatten nie einen eigenen Minister.

8 Auch für 52 Prozent Frauen in der Bevölkerung gibt es aktuell kein Ministerium. Seit 1991 – als Johanna Dohnal von der SPÖ erste Frauenministerin wurde – war die Frauenpolitik im Kanzleramt sowie Bildungs-, Beamten-, Familien-, Integrations-, Medien-, Gesundheits- und Sozialministerium platziert. Ähnliche Wanderpokale waren Jugend und Sport. Letzterer wurde mit Lateinunterricht und Panzern in einen minis-

= Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

= Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport

teriellen Topf geworfen. Weil wechselweise bei der Heeres- oder Schulpolitik angesiedelt.

9 Das momentane Stieftochterdasein der Frauen rührt auch aus den Machtverhältnissen in der ÖVP. Von deren Teilen sind die „ÖVP Frauen“ politisch, organisatorisch und finanziell am ohnmächtigsten. Eine Quizfrage: Wer ist da die Vorsitzende? Juliane Bogner-Strauß war bis 2019 Ministerin, ist jedoch heute in ihrem Wirken für Geschlechtergerechtigkeit als politisches Leichtgewicht unauffällig.

10 Als Naturgesetz der SPÖ galt, dass der Sozialminister ein Gewerkschafter sein muss. Nicht einmal Nobelpreisträger hätten andernfalls eine Chance gehabt. Wenn die Roten dafür das Sozial- und Gesundheitsministerium trennten, ergab das praktische Vorteile. Sozialminister tourten als gütige Geldverteiler durch das Land, um Sozialleistungen als Wohltat zu verkünden.

11 Vor der Coronapandemie hatte demgegenüber ein Gesundheitsminister kaum Kompetenzen und Geld. Er musste sich als Koordinator mit den Ländern, den Sozialversicherungen und der Ärztekammer herumschlagen. Nun ist die Macht größer und der Job nicht einfacher. Was vielleicht erklärt, dass das Institutionenvertrauen in Ministerien als Behörden höher ist als in Minister vulgo Politiker.

